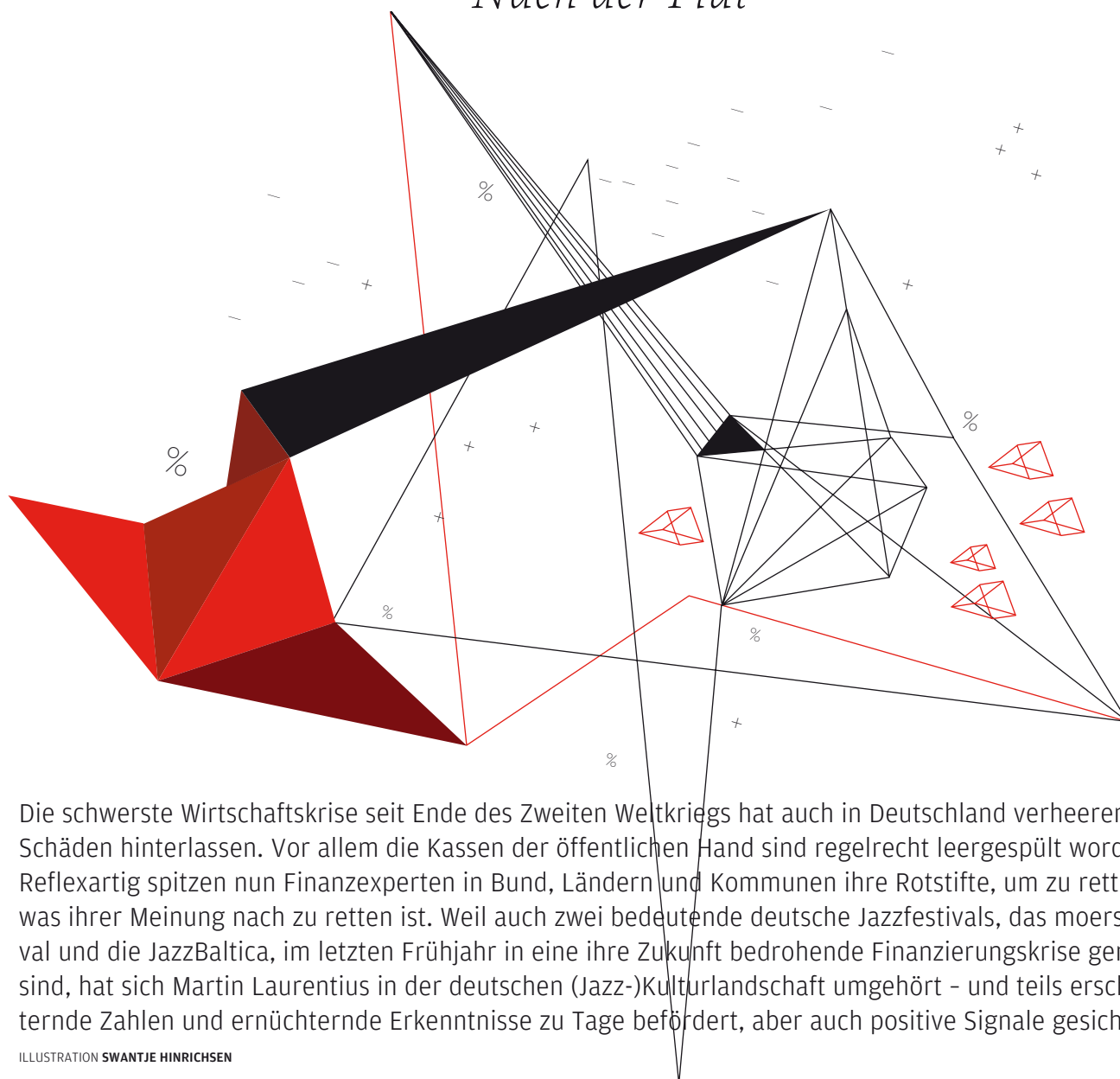


— Jazzfestivals & Wirtschaftskrise —

Nach der Flut



Die schwerste Wirtschaftskrise seit Ende des Zweiten Weltkriegs hat auch in Deutschland verheerende Schäden hinterlassen. Vor allem die Kassen der öffentlichen Hand sind regelrecht leergespült worden. Reflexartig spitzen nun Finanzexperten in Bund, Ländern und Kommunen ihre Rotstifte, um zu retten, was ihrer Meinung nach zu retten ist. Weil auch zwei bedeutende deutsche Jazzfestivals, das moers festival und die JazzBaltica, im letzten Frühjahr in eine ihre Zukunft bedrohende Finanzierungskrise geraten sind, hat sich Martin Laurentius in der deutschen (Jazz-)Kulturlandschaft umgehört - und teils erschütternde Zahlen und ernüchternde Erkenntnisse zu Tage befördert, aber auch positive Signale gesichtet.

ILLUSTRATION SWANTJE HINRICHSSEN

Die Zahlen sind dramatisch: Im Krisenjahr 2009 ist das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte in Deutschland auf insgesamt 105,5 Milliarden Euro angewachsen, rechnet das Wiesbadener Statistische Bundesamt Deutschland vor. Das Minus im Bund belief sich auf 55,9 Milliarden Euro. Auch in den Ländern, Städten und Kommunen hat die Krise ein tiefes Loch in die Kassen gerissen. Hatten die Bundesländer 2008 noch ein Plus von einer Milliarde Euro gemacht, so standen sie in 2009 einem Minus von insgesamt 27,8 Milliarden Euro gegenüber. Und hatten die Städte und Gemeinden in 2008 noch einen Überschuss von 7,7 Milliarden Euro erwirtschaftet, so mussten sie in 2009 ein Minus von fast gleicher Höhe verbuchen: 7,1 Milliarden Euro.

Eine Verbesserung der Haushaltssituation für das laufende Jahr ist nicht zu erwarten. Wie das Statistische Bundesamt errechnet hat, haben die Kommunen im ersten Halbjahr 2010 „ein kassenmäßiges Finanzierungsdefizit in Höhe von 7,8 Milliarden Euro“: Die Einnahmen stagnierten „mit 76,8 Milliarden Euro (-0,2 Prozent) auf dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die kassenmäßigen Ausgaben stiegen dagegen um 4,3 Prozent auf 84,7 Milliarden Euro.“ Obwohl dieser Tage oft in den Medien zu lesen und zu hören ist, dass die Wirtschaft das Krisenjahr 2009 überwunden haben soll und man –

vorsichtig – optimistisch in die Zukunft blicke, so wird es doch einige Zeit brauchen (manche sprechen von Jahren!), bis dieser „Boom“ bei der öffentlichen Hand ankommt und man zum Beispiel wieder mit steigenden Steuereinnahmen rechnen kann. Bis dahin müssen Bund, Länder und Kommunen sparen – zum Teil mit drastischen Maßnahmen und gravierenden Folgen auch und gerade für die Kulturlandschaft in Deutschland.

Deutschlands Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, hat in seiner Rede zur Haushaltsdebatte am 15. September im Deutschen Bundestag erneut davor gewarnt, mit Kürzungen bei der Kultur die öffentlichen Finanzen zu sanieren. „Denn der Anteil der Kulturausgaben in Ländern und Gemeinden in Deutschland liegt bei mageren 1,9 Prozent“, erklärt Neumann. „Selbst drastisches Sparen bei den Kulturausgaben bringt keinen bemerkenswerten Konsolidierungserfolg, aber es zerschlägt so viele kleine, aber auch große kulturelle Einrichtungen und Aktivitäten, die unsere Gesellschaft so bunt und lebenswert machen.“ Die Wirklichkeit hat Neumanns Warnung längst überholt. Auch wenn kulturelle Einrichtungen in der Regel nicht alleine die Hauptlast der Sparpläne tragen müssen, so wird man doch den Eindruck nicht los, dass die Kulturausgaben zusammengestrichen werden sollen, um die öffentlichen Haushalte zu sanieren.

SCHULDENBREMSE KULTUR

Beispiel Schleswig-Holstein. Nach dem Vorbild des Bundes hat das „Land zwischen den Meeren“ eine Schuldenbremse in seiner Verfassung verankert. Bis 2020 will man einen ausgeglichenen Finanzhaushalt haben. Aktuell muss Schleswig-Holstein eine Schuldenlast von annähernd 25 Milliarden Euro stemmen. Um ihr hoch gestecktes Ziel zu erreichen, hat die schwarz-gelbe Regierungskoalition eine Haushaltsstrukturkommission eingerichtet, der u.a. der Finanzminister von Schleswig-Holstein, Rainer Wiegand, sowie die beiden finanzpolitischen Sprecher der CDU und FDP im Kieler Landtag, Tobias Koch und Katharina Loedige, angehören. Am 26. Mai 2010 hat die Kommission ihre „Empfehlungen zur Konsolidierung der Finanzen des Landes Schleswig-Holstein“ unter dem Titel „Schleswig-Holstein ist auf dem Weg. Handlungsfähigkeit erhalten – Zukunftschancen ermöglichen“ vorgelegt. Auf 45 Seiten gibt es eine Vielzahl von Einsparvorschlägen, über die der Landtag voraussichtlich Ende des Jahres aber noch abstimmen muss.

Weil der Kulturetat des nördlichsten deutschen Bundeslandes gerade 0,62 Prozent des Gesamthaushalts beträgt, treffen die Sparempfehlungen auch und gerade die Kulturschaffenden im Land. „Das strukturelle Defizit Ende 2010 wird vorläufig auf 1,25 Milliarden Euro festgelegt“, heißt es. „Dieser maximal zulässige strukturelle Fehlbetrag wird planmäßig auf eine Milliarde Euro in 2012 reduziert.“ Das bedeutet für viele kulturelle Institutionen: Bis auf wenige Ausnahmen (wie zum Beispiel das Landesmuseum Schloss Gottorf) müssen sie bis 2012 Kürzungen ihrer Landeszuschüsse von durchschnittlich 30 Prozent verkraften. Doch es kommt noch schlimmer. „Ein vom Land finanziertes dreitägiges Jazzfestival lässt die Haushaltslage nicht mehr zu, die Zuweisungen an JazzBaltica werden eingestellt“, schreiben die Experten lapidar – und: „Die Landesliegenschaft Salzau (Heimat unter anderem der JazzBaltica, Anm. d. Aut.) – mit jährlich 1,2 Millionen Euro ein großer Kostenfaktor – soll verkauft werden.“

Zur Erinnerung: Die JazzBaltica begann 1991 als Landesfestival im Rahmen der kulturpolitischen Initiative ArsBaltica des damaligen Ministerpräsidenten Björn Engholm von der SPD. Von Beginn an als künstlerischer Leiter mit dabei ist Rainer Haarmann, der anfangs als Referatsleiter im Kultusministerium angestellt war und seit 2002 unter der Trägerschaft des Schleswig-Holstein Musik Festivals (SHMF) die JazzBaltica organisiert. Unter anderem seiner Programmpolitik ist es zu verdanken, dass die jeweils am ersten Juliwochenende in Salzau bei Kiel stattfindende JazzBaltica einen international hervorragenden Ruf hat und das Festival zu dem jazzmusikalischen Erfolgsmodell wurde, das es heute ist.

Haarmann ist erbost über die Absicht der Kieler Finanzexperten, den Landeszuschuss für das Festival in Höhe von 160.000 Euro (die Summe wurde 2010 rückwirkend um zehn Prozent gekürzt) ab 2011 auf null zu setzen. „Dass der Haushalt des Landes saniert werden muss, dürfte jedem klar sein. Aber dass er überproportional durch Einsparungen in der Kultur saniert werden soll, obwohl dort nur lächerliche Beträge aufs Ganze zu holen sind, ist nicht nachvollziehbar“, schimpft er. „Dabei spielt sicherlich eine Rolle, dass sich die Landesregierung der Engholm'schen Idee der ArsBaltica vollkommen entledigen will.“

Zu dem Plan, den Zuschuss für die JazzBaltica ganz zu streichen und den Etat für „sein“ Festival bis 2012 um insgesamt 30 Prozent zu kürzen, fordert der Intendant des mehrwöchigen, klassischen SHMF, Rolf Beck, von der Landesregierung zuallererst einen Dialog mit den Betroffenen. „Wir wissen doch alle, dass immer zuerst an der Kultur gespart wird“, sagt er. „Gerade in Zeiten des großen Sparens müsste es aber die Devise der Politik sein, Weichen für die Kultur zu stellen. Und das geht nur, wenn man sich gemeinsam an einen runden Tisch setzt und einen konstruktiven Dialog führt.“ Mittlerweile haben sich die Wogen etwas geglättet, die „Kontrahenten“ nähern sich einander wieder an. So hat Beck von Schleswig-Holsteins Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen die mündliche Zusage bekommen, dass zwar in 2011 das so genannte Herrenhaus weder der JazzBaltica noch dem SHMF zur Verfügung stehen wird (unter anderem aus feuerpolizeilichen Gründen), aber beide Festivals im kommenden Jahr Salzau als Konzertort nutzen können –, „sofern dem Land keine Kosten entstehen“, wie der SHMF-Intendant betont.

VERTEILUNGSKAMPF

UM FÖRDERTÖPFE

Im Gespräch mit der Tageszeitung „Die Welt“ hat der zuständige Minister für Bildung und Kultur, Dr. Ekkehard Klug von der FDP, deutlich gemacht, wie er sich eine Zukunft für die JazzBaltica vorstellt. „Im vorigen Jahr hatte die JazzBaltica rund 7.000 Besucher – auf jeden Besucher entfielen damit im Schnitt 20 Euro öffentlicher Subventionierung“, so Klug. „Um wichtige Einrichtungen wie etwa Musikschulen von Kürzungen zu verschonen, muss an anderer Stelle überproportional gespart werden.“ Eine solche auf den ersten Blick polemische Aussage schafft Erklärungsbedarf. „Bei einer kritischen Haushaltslage wie der in Schleswig-Holstein muss man auch bei der Kulturförderung Prioritäten setzen“, erklärt der Pressesprecher im Ministerium für Bildung und Kultur in Kiel, Thomas Schunck. „Bezogen auf die Situation der JazzBaltica scheint es zukünftig machbar zu sein, dass die Streichung der Landeszuschüsse zum Beispiel durch Sponsoren aus der Privatwirtschaft kompensiert werden kann.“

Der Beginn eines Verteilungskampfes um die immer kleiner werdenden Fördertöpfe in Schleswig-Holstein? Das befürchtet jedenfalls der Kulturpolitische Sprecher der Grünen im Kieler Landtag, Robert Habeck: „Der eigentliche Skandal ist, dass der Minister einen fertigen und 40.000 Euro teuren Kulturentwicklungsplan zurückhält. Es ist für mich richtig, dass sich auch die Kulturpolitik der Haushaltssanierung stellen muss – aber bitte auf der Grundlage einer kulturpolitischen Strategie. Der Minister hat mehrfach gesagt, dass der Plan erst erarbeitet werden kann, wenn der Haushalt beschlossen ist, wenn man also weiß, wie viel Geld man hat oder eben nicht hat. Das hieße aber, das Pferd von hinten aufzuzäumen. Um nicht in einen Verteilungskampf zwischen den verschiedenen von Kürzungen bedrohten Bereichen zu geraten, muss man die Diskussion auf der Grundlage allgemeiner, alles einbeziehender Analysen führen.“ Doch Schunck widerspricht: „Zwar ist es richtig, dass es einen Kulturentwicklungsplan gibt, aber den hat noch die Große Koalition als Vorgängerregierung in Auftrag gegeben. D.h., die Ergebnisse dieses Plans beruhen auf alten Zahlen und stimmen nicht mehr mit der aktuellen Situation hier in Schleswig-Holstein überein.“

Während die kulturpolitische Debatte in Kiel über die „Empfehlungen zur Konsolidierung der Finanzen des Landes Schleswig-Holstein“ wahrscheinlich noch bis in den Dezember hinein an Schärfe zunehmen wird, suchen Beck und Haarmann weiter nach Strategien zur Rettung der JazzBaltica. Noch sei man in der Sondierungsphase und könne nichts Konkretes sagen, so der SHMF-Intendant. „Doch die komplette Streichung des Landeszuschusses für die JazzBaltica stellt uns vor eine große Herausforderung, die sich nicht so leicht lösen lässt.“ Für Haarmann kommt es nicht in Frage, das Handtuch zu

werfen und aufzugeben: „Ich habe positive Signale von Partnern bekommen, die mir sagten, dass wir eine Chance auf eine Zukunft haben, wenn wir gemeinsam mit all denen kämpfen, die die JazzBaltica erhalten wollen. Das gilt auch für die Besucher, die applaudiert haben, als ich dieses Jahr beim Festival von der Bühne in Salzau dazu aufgefordert habe: Lasst uns zusammen kämpfen!“

SPARDEBATTEN AM NIEDERRHEIN

Beispiel Moers. Die Stadt am Niederrhein steht unter Finanzaufsicht der öffentlichen Hand, weil sich Schulden in Höhe von mehr als 45 Millionen Euro angehäuft haben. Der Kämmerer hat eine Liste mit Sparvorschlägen erarbeitet und Ende 2009 der Moerser Politik vorgestellt – auch mit möglichen drastischen Folgen für das moers festival, das 2011 seinen 40. Geburtstag feiert. „Aufgrund der unverschuldeten Finanznot ist die Stadt in eine Spardebatte geraten, bei der auch das prominenteste kulturelle Aushängeschild in Bedrängnis gekommen ist“, stellt Reiner Michalke fest, seit Sommer 2005 künstlerischer Leiter des moers festivals. Tatsächlich ist in diesem Frühjahr eine teils kontrovers geführte Diskussion um das weltweit renommierte Festival für aktuelle improvisierte Musik entbrannt – auch über dessen Zukunft? Jedenfalls könnte man diesen Eindruck gewinnen, wenn man den Vorschlag liest, das moers festival als Biennale nur noch alle zwei Jahre stattfinden zu lassen – um exakt die Hälfte der Kosten einzusparen. Oder wenn in der Moerser CDU laut darüber nachgedacht wird, mit dem Festival örtlich zu dessen Anfängen in den Schlosshof zurückzukehren – wie vor fast 40 Jahren.

Dass die Zukunft des jährlich über Pfingsten im Schlosspark ausgetragenen moers festivals in Frage gestellt worden sein soll, davon will Moers' Kulturdezernent Hans-Gerhard Rötters aber nichts wissen. „Der überwiegende Teil der Moerser Politik – und in ganz besonderer Weise der Kulturpolitik und der Moers Kultur GmbH, die verantwortlich für das moers festival ist – hat zu jeder Zeit deutlich gemacht, dass man zum Festival steht“, sagt Rötters. „Als Haushaltssicherungsgemeinde müssen wir aber der Finanzaufsicht – in unserem Fall der Bezirksregierung und dem Landrat – nachweisen, dass wir ernsthaft bemüht sind, unseren Haushalt wieder ausgeglichen zu gestalten. Und diese Problematik ist immer auch Bestandteil der Diskussion gewesen.“

Die Debatte über das Festival führte schließlich zu Ergebnissen. „Ich war es, der den Vorschlag gemacht hat, das Festival um einen Tag zu verkürzen. Solange die Krise anhält und die Stadt in diesen Finanzschwierigkeiten steckt – um dann, wenn die Krise vorbei ist, den vierten Tag wieder zurückzuholen“, sagt Michalke. Ab 2011 ist das moers festival also drei Tage lang, der Pfingstmontag soll zukünftig mit einem „populären“ Act (2011 wird das Helge Schneider sein) im Festivalzelt für die Stadt gewinnbringend

bespielt werden, ohne sich inhaltlich zu weit von den Vortagen zu entfernen. Zudem sind Gespräche mit der nach den NRW-Landtagswahlen im Mai 2010 neu besetzten Staatskanzlei in Düsseldorf geführt worden, um höhere Landeszuschüsse für das Festival zu erhalten. Rötters: „Man hat uns zugesichert, die Fördersumme des Landes ab 2011 für das Festival zu verdoppeln. Das ist zwar nur ein Tropfen auf den heißen Stein – aber auch ein positives Signal, welche Bedeutung das Land dem Festival beimisst.“ Zudem haben sich der Moerser Bürgermeister Norbert Ballhaus und der Kulturpolitische Sprecher der SPD im Bundestag, Siegmund Ehrmann, der für Moers im Parlament sitzt, beim Kulturstatsminister Bernd Neumann für eine Förderung des Festivals durch den Bund stark gemacht – bislang ohne Erfolg.

Aber ist der „Verlust“ des vierten Festivaltages ein Kompromiss, mit dem alle Akteure leben können? Michalke: „Meine Parole bei der Diskussion um das Festival war stets: quantitativ kürzen ja, wenn die Qualität auf dem bisherigen Niveau bleibt. Diesen Kompromiss haben wir geschafft.“ Ehrmann, seit dem 7. Oktober auch im Aufsichtsrat der Moers Kultur GmbH: „Es ist auf jeden Fall ein Korridor, in dem man weiter arbeiten kann. Ich hoffe nun, dass sich bald eine Situation ergibt, um mit allen Beteiligten in Ruhe über die zukünftige Ausrichtung des Festivals zu sprechen.“ Rötters: „Angesichts der Finanzkrise der Städte und Gemeinden und der geringen Bereitschaft des Bundes, uns beim Festival zu unterstützen, ist der Kompromiss ein Ergebnis, das ich vertreten kann.“

BOLLWERK SPONSORING

„Wir sind überzeugt davon, dass Unternehmen das Umfeld, in dem sie tätig sind, auch selbst mitgestalten müssen: Verantwortung übernehmen für Kultur, Bildung und soziale Belange“, sagt Jürgen Fritz, Mitglied der Geschäftsleitung des amerikanischen Software-Entwicklers SAS. „Das tut SAS in Heidelberg seit 1982, seit wir hier unsere deutsche Niederlassung eröffnet haben. Vor diesem Hintergrund haben wir 2005 unser Engagement für Enjoy Jazz begonnen. Unser wichtigstes Ziel war und ist es, dabei zu helfen, die Region attraktiv zu machen, nicht zuletzt auch für unsere Mitarbeiter. Sie sind unser wichtigstes Kapital – und sie müssen sich in der Region wohlfühlen.“ Vor zwölf Jahren ging das Festival Enjoy Jazz an den Start. Ziel war es, regelmäßig im Herbst rund sechs Wochen lang in den Rhein-Neckar-Städten Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen Konzerte mit Jazz und improvisierter Musik zu veranstalten – an verschiedenen Spielstätten wie etwa im Heidelberger Karlstorbahnhof oder in der Mannheimer Alten Feuerwache, unter dem Signet „Enjoy Jazz“ zusammengefasst. Dabei haben die beiden

Sponsoring der Privatwirtschaft als Mittel zur finanziellen Unabhängigkeit von der öffentlichen Hand? Eine Frage, die Tina Heine, eine der zwei Geschäftsführerinnen der Elbjazz GmbH, die Ende Mai 2010 im und um den Hamburger Hafen zum ersten Mal das gleichnamige Festival veranstaltet hat, mit „ja“ beantwortet. „Für mich muss es langfristig das Ziel sein, dass sich ein Festival wie Elbjazz selbst trägt“, lautet ihre Devise. „Mein Wunsch ist es sogar, irgendwann ganz auf die Förderung durch die Kulturbehörde verzichten zu können.“ Das Ziel haben Heine und ihre Partnerin Nina Sauer bereits dieses Jahr mit der Premiere von Elbjazz fast erreicht: Ein Großteil des Festival-Etats wurde mit Geldern aus Sponsoring, Ticketverkauf oder Gastronomie bestritten, nur ein verschwindend geringer Teil kam von der Hamburger Kulturbehörde. „Von vielen wird nicht verstanden, dass man auch als Kulturschaffender die Pflicht hat, sich langfristig Gedanken über Finanzen zu machen“, stellt Heine fest. „Ein Ausruhen auf dem Status quo ist gefährlich, weil man erst dann aktiv nach Sponsoren sucht, wenn das Geld weg ist.“

KULTURRETTUNGSSCHIRM

Ende Mai, also kurz nach der Veröffentlichung der „Empfehlungen zur Konsolidierung der Finanzen des Landes Schleswig-Holstein“ in Kiel, ist der Deutsche Kulturrat mit einem ungewöhnlichen kulturpolitischen Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten und hat vom Bund die Schaffung eines „Nothilfefonds“ gefordert, mit dem beispielsweise in Schleswig-Holstein die Folgen der vorgeschlagenen Streichungen im Kulturbereich finanziell abgepuffert werden könnten. „Für eine Übergangszeit übernimmt der Bund mit dem Hilfsfonds die Finanzierung von Kultureinrichtungen, wenn sich zum Beispiel eine Kommune nicht mehr in

ßen Stein“, ist Rolf Beck vom Schleswig-Holstein Musik Festival überzeugt. Stefan Hentz, Musikjournalist unter anderem für „Die Welt“ und „Die Zeit“ aus Hamburg, begrüßt indes einen solchen „Nothilfefonds“: „Den müsste es schon längst geben. Aber der Vorschlag erinnert mich an eines der Probleme auch und gerade der hiesigen Jazzszene: Man tut sich stets schwer damit, solche vernünftigen und zukunftsweisenden Ideen selbst zu entwickeln – und zwar, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist.“ Neumanns Verweis auf die Subsidiarität in der Kulturfrage hält Robert Habeck von den Grünen in Schleswig-Holstein für falsch: „Gerade für die JazzBaltica würde es eine mögliche Rettung bedeuten, wenn man das Festival nicht nur unter ‚landeskulturellen‘ Aspekten diskutiert, sondern auch als Teil einer Ostsee-Kooperation.“ Kirstin Funke, Kulturpolitische Sprecherin der Kieler FDP-Landtagsfraktion, hält nichts von einer solchen Ostsee-Kooperation. „Warum sollten sich Ostsee-Anrainer wie Dänemark oder Polen an einer Kooperation zur Rettung eines Musikfestivals wie JazzBaltica beteiligen?“, fragt sie. „Dies würden sie nach meiner Einschätzung nur dann tun, wenn sie davon auch profitieren, also das Festival beispielsweise turnusgemäß den Standort wechselt.“

Für den Moerser Kulturdezernent Hans-Gerhard Rötters stellt der Vorschlag zwar ein hilfreiches Instrument dar, um kurzfristige Finanzierungsschwierigkeiten zu überbrücken: „Aber diese Hilfe muss dann dazu führen, dass Veranstaltungen wie das moers festival mittelfristig eine Fördersicherheit erhalten. Das kann eine Stadt wie Moers auf Dauer nicht leisten.“ Diesen Gedanken greift Siegmund Ehrmann auf und fordert noch mehr Verantwortung vom Bund – gerade im Besonderen für die Förderung von Jazz. „Das, was ich an der Musikförderung durch den Bund kritisiere, ist, dass man sich überwiegend den klassischen Musiksegmenten zuwendet, aber zeitgenössische Formen wie Jazz und improvisierte Musik in der Regel außen vor lässt“, macht der Kulturpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion deutlich. „Es muss unser Ziel sein, eine Topografie der deutschen Jazzfestivallandschaft zu erarbeiten, bei der sich herauskristallisiert, welche Festivals exponiert sind und eine internationale Strahlkraft auch für Deutschland haben, so dass in diesen Fällen der Bund ein Zeichen setzen und die zuständigen Länder und Kommunen finanziell entlasten muss. So wie für die Festspiele in Bayreuth ja auch schon.“

Von vielen wird nicht verstanden, dass man auch als Kulturschaffender die Pflicht hat, sich langfristig Gedanken über Finanzen zu machen. (Tina Heine, Elbjazz GmbH)

Geschäftsführer der verantwortlichen Enjoy Jazz GmbH, Rainer Kern und Christian Weiss, von Anfang an ihren Finanzierungsschwerpunkt auf Sponsoren aus der Privatwirtschaft gesetzt. „Die Politik erschien uns damals mit ihren Entscheidungen zu zäh und zu langsam“, erinnert sich Weiss. „Deshalb hatten wir uns entschlossen, Enjoy Jazz erst einmal auf die Beine zu stellen und die Politik dann nachziehen zu lassen, wenn sie sieht, dass unser Projekt gut ist und erfolgreich läuft.“

Zur gleichen Zeit wie Enjoy Jazz ist die Metropol-Region Rhein-Neckar entstanden, in der sich Städte wie Heidelberg und Mannheim zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum zusammengeschlossen haben. Aus dieser Metropol-Region heraus hat sich später die Initiative Festival-Region entwickelt, unter deren Dach Vertreter aus (regionaler) Politik und Wirtschaft mit Festivalveranstaltern zusammenkommen, um das Gebiet Rhein-Neckar als Kulturraum zu verankern. „Hier bei uns hat diese Initiative für fixe Strukturen gesorgt, weshalb wir als Veranstalter weniger mit Streichungen und Kürzungen unserer Budgets zu kämpfen haben, sondern gemeinsam mit Politik und Wirtschaft an möglichen Lösungsstrategien arbeiten und die Festivalregion weiterentwickeln“, sagt Christian Weiss.

der Lage sieht, die Förderung zu bezahlen, weil ein riesiger Schuldenberg auf ihr lastet oder sie unter einem Haushaltssicherungskonzept steht“, erläutert der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, Olaf Zimmermann, seine Idee des „Nothilfefonds“. „In anderen Bereichen macht der Bund das ja schon. Und wir fordern nun ein vergleichbares Engagement für die Kultur. Unseren Vorschlag haben wir dem Kulturstatsminister Bernd Neumann unterbreitet, der ihn aber bislang nicht übernommen hat – mit Verweis auf die föderale Zuständigkeit in Fragen der Kulturförderung.“

Zimmermanns Initiative stößt bei den Kulturschaffenden auf ein geteiltes Echo. Aus gutem Grund? „Wir müssen tragfähige, langfristige Lösungen gemeinsam mit den Sponsoren finden. Ein Hilfsfonds wäre für uns nur ein Tropfen auf den hei-

Im Netz

JazzBaltica www.jazzbaltica.de

Schleswig-Holstein Musik Festival www.shmf.de

moers festival www.moers-festival.de

Enjoy Jazz www.enjoy-jazz.de

Elbjazz www.elbjazz.de

Elbjazz www.elbjazz.de
